

Die Krise der SPD und ihre Chance aus der Krise

Von Manuel Kumpf

Erstmalig hat nun die Alternative für Deutschland (AfD) in den Umfragewerten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) überholt. Seit der Bundestagswahl 2017 haben wir über 6 Prozentpunkte verloren. Wenn man berücksichtigt, dass die SPD bei der Wahl mit 20,5% ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte erzielt hat, dachte man sich: „Jetzt kann es nur noch aufwärts gehen!“. Doch dem war und ist nicht so. So erschreckend die Umfragewerte auch für mich, einen Sozialdemokraten aus tiefer Überzeugung, sind, so wundere ich mich nicht darüber, denn seit der Wahl sind so viele Fehler in der Parteispitze gemacht worden, dass ich es durchaus nachvollziehen kann, wenn mir ein bisheriger SPD-Wähler sagt: Ich kann diese Partei (vorerst) nicht mehr wählen!

Ein Rückblick:

Schon am Wahlabend hat Martin Schulz verkündet: „Die GroKo wurde abgewählt und wir werden in die Opposition gehen“. Diese Entscheidung wurde von den Genossinnen und Genossen zu Recht beklatscht und bejubelt. Als die Jamaika Sondierungsgespräche geplatzt waren, geschah der erste Fehler. Martin Schulz betonte erneut: „Wir stehen für eine Große Koalition nicht zur Verfügung“, so sein sinngemäßes Zitat. Martin Schulz, ein Politiker mit einer enormen Erfahrung auf der politischen Bühne, vor allem in Europa, hätte in diesem Moment verkünden sollen, dass man zu ersten Gesprächen mit der Union bereit sei – zumal er damit rechnen musste, dass unser Bundespräsident alle Parteien an ihre Pflicht erinnern würde, zumindest Sondierungsgespräche zu führen – womit Herr Steinmeier vollkommen richtig gehandelt hat.

So wurde nach dem zweiten „Nein“ eine Kehrtwende gemacht und verkündet, dass man sich zu Sondierungsgesprächen bereit erkläre. Ein erstes Raunen ging durch das Volk und auch durch die Partei.

Die Sondierungen erfolgten und innerhalb der Partei setzte sich allmählich ein Prozess in Gang, den wir unbedingt gebraucht haben und weiter brauchen. Es wurde debattiert und diskutiert; vor allem von den Jusos gab es ordentlich Gegenwind im Rahmen der Sondierungsgespräche. Nachdem sich auf dem Parteitag eine knappe Mehrheit für Koalitionsverhandlungen mit der Union ausgesprochen hatte, verschärfte sich der Ton in der Partei. Gleichzeitig verloren wir zunehmend bei den Umfragewerten. Es entwickelte sich innerhalb der Partei eine regelrechte Streitkultur - innerhalb der Parteibasis und von der Parteibasis bis hin zur Parteispitze – was man durchaus positiv bewerten kann.

Nachdem die Koalitionsverhandlungen erfolgreich beendet wurden und CDU/CSU sowie SPD verkündeten, dass es nach harten Verhandlungen und schmerzvollen Kompromissen einen Koalitionsvertrag gäbe, beging Martin Schulz seinen bisher größten Fehler. Er wollte im Falle einer Regierungsbeteiligung Außenminister werden – etwas, das er im Wahlkampf unter Frau Merkel vehement ausgeschlossen hatte. Nachdem er folgerichtig seinen Rücktritt erklärt hatte, geschah der dritte große Fehler. Im Alleingang wurde Andrea Nahles von der Parteispitze zur kommissarischen Vorsitzenden berufen, womit gegen unsere eigene Satzung verstoßen wurde. Einen derartigen Posten gibt es in unserer Partei überhaupt nicht und im Falle eines Rücktritts des Vorsitzenden haben die gewählten stellvertretenden Vorsitzenden bis zur Neuwahl eines Vorsitzenden diese Aufgabe zu übernehmen. Der Höhepunkt der Krise war erreicht.

Die Krise und ihre Chance:

Jede Krise hat etwas Gutes: Es gibt die Chance umzudenken, zu streiten, zu diskutieren, Sachverhalte und Grundsatzprogramme in Frage zu stellen und neue Impulse zu setzen. Das passiert ja gerade auch in unserer Partei. Von der Spitze bis zu den Ortsvereinen entfaltet sich eine neue Streitkultur. Eine Streitkultur, die wir in der Partei und in der Demokratie benötigen! Die Basis verlangt mehr Transparenz von der Parteispitze und mehr Mitspracherecht! Umso erfreulicher ist es daher auch, dass die Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange Ihre Kandidatur für den Parteivorsitz eingereicht hat.

Unabhängig davon ob sich nun die Mehrheit der Parteigenossinnen und Parteigenossen FÜR oder GEGEN eine GroKo ausspricht: Wir brauchen ein Umdenken in der Partei. Die Streitkultur muss aufrechterhalten werden, es darf kein „Weiter so!“ geben!

Dies ist auch Grundvoraussetzung dafür, dass WIR das verlorene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler wieder zurückgewinnen.

„Eine neue Zeit braucht eine neue Politik“. Dieser SPD Slogan kann aber auch nur umgesetzt werden, wenn wir uns reformieren und neu strukturieren.

Meine persönliche Erfahrung:

Ich bin zurzeit persönlich mit meiner Parteiführung nicht zufrieden und auch enttäuscht. Trotzdem bin und bleibe ich ein überzeugter Sozialdemokrat.

Was mich aber zutiefst schockiert und mir zugleich die Augen geöffnet hat darüber, wie tief wir in der Krise stecken, ist die Tatsache, dass engagierte Genossinnen und Genossen in den

Ortsvereinen die Fehler der Parteiführung zu spüren bekommen.

Jedem, der mich bisher auf die aktuelle Lage angesprochen und gefragt hat, wie ich die jetzige Situation bewerte, antworte ich ehrlich und sage, dass ich mit meiner Parteiführung derzeit nicht zufrieden bin. Das aber ist nicht das Fatale.

Das Fatale ist, dass uns enttäuschte Bürgerinnen und Bürger vor Ort für etwas verantwortlich machen, wofür wir keine Schuld haben!

In einem sehr emotional geführten Gespräch mit einem Bürger musste ich mir anhören, dass „wir alle in der SPD Scheiße sind“. Nachdem ich mich gegen diese Anschuldigung zu Wehr gesetzt habe und dem Bürger zu verstehen gab, dass es zwar sein gutes Recht ist, die SPD zu kritisieren, aber dass ich es mir verbitte in meiner Person beleidigt zu werden, weil ich eine sozialdemokratische Grundauffassung vertrete - und zugleich auf das Ehrenamt hingewiesen habe, welches wir in den Ortsvereinen unentgeltlich ausüben. Der Bürger hatte anschließend ein Einsehen – und ich die Gewissheit:

Das, was im Willy-Brandt-Haus in Berlin derzeit passiert und entschieden wird, müssen Parteigenossinnen und Parteigenossen vor Ort ausbaden!